THAILAND

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2025

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Thailand ist eine konstitutionelle Monarchie, deren Transformation zur Demokratie seit Jahrzehnten durch Militärputsche und interne Machtkämpfe behindert wird. Die konservativen Grundwerte der herrschenden Eliten stehen einer Demokratisierung von Staat und Gesellschaft entgegen. Die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger_innen sind begrenzt, da Politik, Wirtschaft und Verwaltung von autoritären Denk- und Handlungsmustern geprägt sind. Liberale und progressive Kräfte, darunter Teile der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaftsbewegung, können die Politik in diesem Umfeld kaum mitgestalten.

Aus den Parlamentswahlen im Mai 2023 ging die oppositionelle progressive Move Forward Party (MFP) mit 38 Prozent der Stimmen als Wahlsieger hervor. Sie war angetreten, die Koalition militärnaher Parteien um Premierminister Prayut Chan-o-cha abzulösen, die seit den Wahlen 2019 regierte. Der Wahlerfolg der MFP verdeutlichte, dass die Bürger_innen das autoritäre politische System ablehnen und Demokratisierung und Reformen befürworten. Vor allem die jungen Menschen, die mehrheitlich für die MFP stimmten, wollen ein modernes Land, das sie mitgestalten können.

Die Forderungen der MFP nach grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Reformen stießen jedoch auf den entschlossenen Widerstand der konservativen Eliten. Diese bildeten ein Bündnis mit der von Thaksin Shinawatra angeführten Pheu Thai Party, die bei den Parlamentswahlen zweitstärkste Kraft geworden war, und verhinderten so, dass der eigentliche Wahlsieger, die Move Forward Party, eine Regierung bilden konnte. Die derzeitige Premierministerin ist die 37jährige Paetongtarn Shinawatra, die jüngste Tochter von Thaksin Shinawatra.

Machtkämpfe – sowohl innerhalb der Regierungskoalition als auch zwischen Regierung und Opposition – prägen weiterhin die innenpolitische Lage. Thailand hat nun bereits mehrere Jahrzehnte chronischer Instabilität hinter sich, in der es immer wieder zu Militärputschen, Straßendemonstrationen der Demokratiebewegung und umstrittenen Parteiverboten kam. Die innenpolitischen Machtkämpfe kosten viel Kraft und Energie und verhindern, dass sich Thailand auf die Zukunft konzentriert. Darunter leidet auch die Wirtschaft. Bereits jetzt warnen Ökonom_innen vor einem verlorenen Jahrzehnt, sollte es weiterhin versäumt werden, politische und wirtschaftliche Reformen einzuleiten.

Von den politischen Parteien thematisiert vor allem die Move Forward Party (die sich nach einem Parteiverbotsverfahren im August 2024 in People´s Party umbenannt hat) soziale Themen wie Ungleichheit, mangelnde soziale Sicherung, Arbeitsplatzverluste im Industriesektor sowie die restriktive Gewerkschaftsgesetzgebung. Die Partei verfügt über zahlreiche junge und aktive Gewerkschaftsmitglieder und hat progressive Reformvorschläge zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie zum Arbeits- und Sozialrecht erarbeitet. Damit drängt sie auch andere Parteien, zu diesen Themen Position zu beziehen. Progressive Gesetzesinitiativen der People´s Party – z. B. zur Reform der Gewerkschaftsgesetzgebung – wurden jedoch von den Regierungsparteien abgelehnt.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Thailands traditionelles Entwicklungsmodell aus exportorientierter Industrialisierung hat eine semi-industrialisierte Volkswirtschaft geschaffen, die tief in die globalen Wertschöpfungsketten integriert ist. Viele ausländische Unternehmen haben hier ihre regionale Geschäftsbasis. Inzwischen befindet sich die thailändische Volkswirtschaft jedoch in der *middle income trap*. Thailand bleibt in der mittleren Einkommensgruppe stecken, da es dem Land nicht gelingt, in höherwertige Wertschöpfungsketten vorzudringen. Gleichzeitig nimmt in arbeitsintensiven Wertschöpfungsketten die Konkurrenz durch Niedriglohnländer zu. Laut dem National Economic and Social Development Council (NESDC) betrug das BIP in 2024 526,3 Milliarden US-Dollar. Damit ist Thailand nach Indonesien die zweitstärkste Volkswirtschaft innerhalb der

Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und lag mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 7.496 US-Dollar regional an vierter Stelle. Das Wirtschaftswachstum betrug in 2024 laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) 2,7 Prozent. Für 2025 wird ein Wachstum von 2,9 Prozent vorausgesagt. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind Fahrzeug- und Maschinenbau, Elektronik, Chemie, Baugewerbe, Nahrungsmittelindustrie und im Dienstleistungssektor der Tourismus, der laut Asian Development Bank rund 20 Prozent des BIP ausmacht und in 2024 etwa 35 Millionen Besucher erreichte.

Um in der Wertschöpfungskette hinaufzuklettern, müsste Thailand deutlich mehr ausländische Direktinvestitionen anziehen. Zudem müssten umfangreiche strukturelle Reformen eingeleitet werden, z. B. die Abschaffung von Monopolen, eine Reform des Bildungssystems sowie umfangreiche Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für Beschäftigte, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, der Abbau von Bürokratie und die Bekämpfung von Korruption sowie eine strategische Industriepolitik, um u. a. die Transformation der Automobilindustrie – dem wichtigsten Industriesektor Thailands – erfolgreich zu gestalten. Ob die aktuelle Regierung diese strukturellen Herausforderungen angehen wird, bleibt abzuwarten. Bisher konzentriert sie sich vor allem auf kurzfristig wirkende Maßnahmen. Beispielsweise soll durch Cash-Transfers der Binnenkonsum angekurbelt werden.

Die Handelsbeziehungen zu China stellen für Thailand eine zunehmende Herausforderung dar. Der thailändische Industriesektor gerät immer stärker unter Druck durch chinesische Hersteller mit höherer Arbeitsproduktivität. Chinesische Unternehmen haben zudem enorme industrielle Überkapazitäten aufgebaut und stehen daher unter großem Druck, die Exporte zu steigern, um die Überproduktion abzubauen. Dies hat dazu geführt, dass chinesische Unternehmen den thailändischen Markt mit preisgünstigen Gütern überfluten, z. B. bei Konsumgütern, industriellen Vorprodukten und Autoteilen. Dies stellt eine zunehmende Bedrohung für einheimische Hersteller dar, da diese nicht mit den chinesischen Wettbewerbern konkurrieren können. Chinesische E-Commerce-Plattformen haben den Zustrom billiger chinesischer Produkte nach Thailand zusätzlich beschleunigt. Angesichts der zunehmenden Anzahl von Fabrikschließungen werden in Thailand die Rufe nach staatlichen Eingriffen zum Schutz einheimischer Industrien lauter.

Auch die Handelsbeziehungen zu den USA könnten sich in Zukunft konfliktiver gestalten. Thailand blickt nervös auf den Verlauf der zweiten Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident. Thailand weist einen hohen Handelsüberschuss mit den USA auf und droht daher zum Ziel von Zöllen und Handelssanktionen seitens der USA zu werden. Dies würde die thailändische Exportindustrie hart treffen. Von einem Handelskrieg zwischen den USA und China könnte Thailand hingegen profitieren, falls Lieferketten und Investitionen von China nach Thailand und Südostasien verlagert werden. Generell ist Thailand angesichts der zunehmenden geoökonomischen Unsicherheiten bestrebt, seine Außenwirtschafts-beziehungen zu diversifizieren. So wurden mit der EU im Jahr 2023 die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wieder aufgenommen.

Angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbsdrucks sind Regierung und Arbeitgeber kaum bereit, den Mindestlohn zu erhöhen. Derzeit liegt der tägliche Mindestlohn je nach Region bei 337–400 Baht (9,14–10,85 Euro). Die letzte Erhöhung erfolgte im Januar 2025. Sie war jedoch sehr gering und konnte die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht kompensieren. Für die Beschäftigten mit geringen Einkommen im formellen Sektor und die fast 21 Millionen Beschäftigten im informellen Sektor, die rund die Hälfte des BIP erwirtschaften, ist der Mindestlohn nach wie vor nicht ausreichend. Er müsste auf 600 Baht steigen, um die wichtigsten Grundbedürfnisse zu decken.

Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine der größten sozialen Herausforderungen. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung Thailands verfügen über mehr als 50 Prozent der Einkommen und Vermögen. Der ungleiche Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und verfestigte Machtstrukturen in Politik und Wirtschaft verstetigen die sozialen Disparitäten. Ein weiteres Problem ist die zunehmende Verschuldung privater Haushalte, die höchste in Südostasien. Sie stieg in 2024 auf 104 Prozent des BIP und erreichte damit einen neuen Höchststand. Eine Ursache für die zunehmende Verschuldung privater Haushalte sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die durch die geringen Lohnerhöhungen kaum abgemildert werden konnten.

Angesichts der zunehmenden sozialen Probleme ist der Ausbau der sozialen Sicherungsnetze eine wichtige Notwendigkeit. Die Sozialversicherung hilft zwar bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit, Mutterschaft, im Alter und im Todesfall, aber nur mit sehr geringen Beiträgen, so dass die Unterstützung durch familiäre Netzwerke weiterhin unerlässlich bleibt. Zudem hat nur ein Teil der Beschäftigten Anspruch auf Sozialleistungen. Informell Beschäftigte sind in das System kaum integriert. Frauen, die im informellen Sektor und in Dienstleistungsberufen überwiegen, sind einem deutlich höheren Armuts- und Verschuldungsrisiko ausgesetzt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die zwanzig thailändischen Dachverbände kommen trotz ihrer Rivalitäten im Rahmen der Mai-Kundgebungen zusammen, um Reformen in der Arbeits- und Sozialpolitik einzufordern. Zudem arbeiten die Dachverbände bei spezifischen Themen zusammen. Zu den wichtigsten Themen gehört seit 20 Jahren die Ratifizierung der ILO Konventionen 87 und 98. Die aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und Thailand über ein Freihandelsabkommen haben den Gewerkschaften neue Möglichkeiten eröffnet, ihren Forderungen diesbezüglich Nachdruck zu verleihen. Die Gewerkschaften versuchen, das bestehende Zeitfenster zu nutzen. Sie haben ein gewerkschaftsübergreifendes Netzwerk gegründet und Kampagnen organisiert, um Druck auf die Verhandlungsführer auszuüben. Ziel der Gewerkschaften ist es, die EU dazu zu bewegen, die Ratifizierung dieser beiden Kernarbeitsnormen zur Bedingung für den Abschluss eines Freihandelsabkommens zu machen.

Eine weitere Forderung der Gewerkschaften ist die Einrichtung eines Fonds zur Entschädigung entlassener Arbeitnehmer_innen. Laut Arbeitsschutzgesetz sind Unternehmen dazu verpflichtet, entlassenen Arbeitnehmer_innen Entschädigungszahlungen zu leisten. In der Praxis kommen viele Unternehmen dieser Verpflichtung jedoch nicht nach. Insbesondere Unternehmen, die bankrottgehen, zahlen ihren entlassenen Arbeitnehmer_innen oft keinerlei Entschädigung. Im Fall eines bankrottgegangenen Automobilzulieferers, der über 800 Mitarbeiter_innen entschädigungslos kündigte, sind im März 2025 mehrere Angestellte sogar in einen Hungerstreik getreten, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Die Gewerkschaften fordern deshalb die Einrichtung eines von den Unternehmen finanzierten Fonds, um sicher zu stellen, dass die Entschädigungszahlungen tatsächlich geleistet werden.

Das Versammlungsgesetz von 2015, das zur Kontrolle politischer Kundgebungen dient, wurde in den vergangenen Jahren auch zur Kontrolle von Protesten und Streiks der Gewerkschaften eingesetzt. Die Zahl der Streiks ist seit Inkrafttreten des Gesetzes zurückgegangen. 2021, 2022 und 2023 wurden jeweils 65, 73 bzw. 73, Arbeitskonflikte registriert, die je 44.000, 69.000 bzw. 64.000 Arbeitnehmer_innen betrafen. Dennoch wurden im gesamten Zeitraum nur drei Streiks mit geringer Beteiligung organisiert. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass das Streikrecht starken Beschränkungen unterliegt und langwierige Streitschlichtungsverfahren durchlaufen werden müssen, bevor gestreikt werden darf. Streiks dürfen zudem nicht auf dem Unternehmensgelände stattfinden, sondern nur auf öffentlichen Plätzen. Hierfür muss jedoch zunächst eine Genehmigung eingeholt werden.

Die Solidarität der thailändischen Gewerkschaftsbewegung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ist schwach ausgeprägt. So unterstützten nur wenige Gewerkschaftsführer_innen die demokratische Jugendbewegung, die grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen fordert. Auch die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, von der LGBTQ+-Community vorangetrieben, oder Kampagnen gegen die Luft- und Wasserverschmutzung der Umwelt-NGOs fanden wenig Interesse aufseiten der Gewerkschaften. Grund dafür waren die oft unterschiedlichen politischen Positionen sowie die fehlende strategische Weitsicht, gesellschaftliche Allianzen zu bilden. Gleichzeitig wurden die gewerkschaftlichen Anliegen auch von anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen nur selten unterstützt.

GEWERKSCHAFTEN IN THAILAND – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Zuge der Etablierung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems ab 1850 schufen angeworbene chinesische Arbeitskräfte die Basis für die spätere Entwicklung thailändischer Gewerkschaften. Die vorrangig männlichen Lohnarbeiter brachten im Gegensatz zu damals üblichen Leibeigenen eine eigene Organisationkultur mit und gründeten Geheimgesellschaften, die Mitgliedergebühren erhoben und Streiks organisierten. Diese wurden 1897 gesetzlich zur Registrierung verpflichtet. Dennoch wurde bis zum Ende der absoluten Monarchie 1932 keine chinesische Arbeiterorganisation gegründet. Im August 1932 wurde dann die Thai Tramways Association of Siam als erste staatlich anerkannte Arbeiterorganisation registriert. Anschließend war die Gewerkschaftsbewegung von vielen Formen des Arbeitskampfes geprägt und vertrat nicht nur Fabrikarbeiter_innen, sondern auch Rikscha- und Lastenträger_innen, Arbeitslose, Intellektuelle und Selbstständige.

Nach dem Zweiten Weltkrieg besaß die Association of United Workers eine große Mitgliederbasis und war über eine eigene politische Partei Teil der Regierung. Trotz des Staatsstreichs von 1947 blieben einige Gewerkschaften in den 1950er-Jahren mitgliederstark und setzten im Jahr 1956 die Verabschiedung des ersten Arbeitsgesetzes durch. Der Militärputsch von 1958 beendete diese positiven Entwicklungen. Die Arbeiter_innenbewegung wurde verboten, viele Gewerkschafter_innen landeten im Gefängnis und der prominenteste Gewerkschaftsführer wurde hingerichtet. Während der Diktatur und unter dem wachsenden Einfluss der USA entwickelte sich Thailand zu einer freien Marktwirtschaft. Arbeitsrechte wurden jedoch weiterhin beschnitten, um ein günstiges Klima für amerikanische und japanische Investoren zu schaffen.

Im Zuge der Demokratisierung von 1972/1973 konnten sich die Gewerkschaften neu formieren. Der progressive Flügel der Bewegung stärkte auch die Interessenvertretung der Beschäftigten außerhalb der Fabriken und förderte Genossenschaften aus Arbeiter_innen, Landwirt_innen und Student_innen. Währenddessen zielten Regierung und Arbeitgeber auf die Schwächung der Bewegung durch Restriktionen und Ausgrenzung. Der Labour Relations Act von 1975 engte den gewerkschaftlichen Spielraum ein und erlaubte nur fest angestellten Arbeitnehmer_innen des formellen Sektors die Mitgliedschaft. Schrittweise wurden Gesetze verabschiedet, die einer großen Zahl von Beschäftigten die Vereinigungsfreiheit verwehrten. Nach dem Putsch von 1991 wurden die Beschäftigten der staatlichen Unternehmen von der Arbeiter_innenbewegung isoliert. Auch heute muss sich die thailändische Gewerkschaftsbewegung in einem sehr restriktiven politischen Kontext behaupten und weist deshalb auch einen der niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade in Südostasien auf.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaften in Thailand verstehen sich als zivilgesellschaftliche Akteure mit dem Anspruch, politische, ökonomische und soziale Entwicklungen mitzugestalten und sich zu aktuellen Themen und Zukunftsfragen zu positionieren. In der hierarchischen und von Patronage geprägten Gesellschaft solidarisieren sie sich bei Wahlen, wichtigen Entscheidungen und Konflikten meist mit einzelnen Führungspersonen in Politik und Zivilgesellschaft. Politiker_innen wechseln häufig die Parteien, sodass sich die parteipolitische Präferenz einer Gewerkschaft ebenfalls ändern kann. Nicht selten führen diese Wechsel zu innergewerkschaftlichen Konflikten, da ein Teil der Mitglieder die traditionelle Gefolgsbereitschaft kritisch sieht.

Angesichts der gewerkschaftsfeindlichen Kultur ist die Gewerkschaftslandschaft schwach und zersplittert. Der Widerstand von Arbeitgebern, restriktive Gesetze, administrative Hürden und die geringe Achtung der Rechte von Arbeitnehmer_innen haben einen äußerst geringen Organisationsgrad zur Folge. Nach Schätzungen sind nur 1,3 Prozent der Erwerbsbevölkerung (ca. 40,5 Millionen von insgesamt 70 Millionen Einwohner_innen) bzw. 3,3 Prozent der Beschäftigten in der formellen Wirtschaft (16–20 Millionen) Mitglied einer Gewerkschaft. Aufgrund unterschiedlicher Interpretationen veröffentlichen Behörden und NGOs abweichende Arbeitsmarkt- und Sozialdaten. Viele Daten werden nicht erfasst oder sind nur durch umfangreiche Recherchen zu erhalten.

Die Beschäftigten der Staatsunternehmen sind in 45 Gewerkschaften organisiert (Transport, Infrastruktur, Strom, Wasser, Banken etc.) und haben rund 140.000 Mitglieder, fast 90 Prozent davon im Großraum Bangkok. Im Privatsektor existieren 1.262 Betriebs- und Sektorgewerkschaften mit rund 400.000 Mitgliedern. Am stärksten organisiert sind hier die Beschäftigten der Automobilwirtschaft, Elektronik-, Textil- und Gummiindustrie. Da sich die Betriebe überwiegend im Großraum Bangkok, umliegenden Provinzen und der angrenzenden östlichen Wirtschaftszone befinden, sind die Gewerkschaften hier präsent. Im strukturschwachen Norden und Osten finden sich hingegen nur kleinere Betriebe und kaum Gewerkschaften. Ein Teil der Betriebs- und Sektorgewerkschaften ist in 20 Branchenverbänden zusammengeschlossen. Auf nationaler Ebene existieren zwanzig Dachverbände. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften werden aus Gründen des Selbstschutzes oder aus finanziellen Interessen oft nicht veröffentlicht. Die erhältlichen Zahlen zeigen jedoch eine jahrelange Stagnation. Nach der Corona-Pandemie sind die Mitgliederzahlen auch in starken Verbänden zurückgegangen.

Die staatlich registrierten Dachverbände und deren Mitgliedsgewerkschaften sind in zwei Lager geteilt. Im ersten finden sich unter anderem die drei Mitglieder der International Trade Union Confederation (ITUC): Labour Congress of Thailand (LCT, mutmaßlich der größte Verband), der Thai Trade Union Congress (TTUC) und der National Congress of Private Industrial Employees (NCPE). Eigenen Aussagen zufolge ist dieses Lager gewerkschaftspolitisch nicht aktiv. Das zweite Lager bilden die etwas aktiveren Dachverbände, die jedoch keine Mitglieder des ITUC sind. Von größerer Bedeutung sind hier die Confederation of Thai Labour (CTL) und der Automobile Labour Congress of Thailand (ALCT).

Neben diesen beiden Gruppen gibt es zwei nicht registrierte Dachverbände, die enge Verbündete sind: die State Enterprise Workers' Relations Confederation (SERC) und das Thai Labour Solidarity Committee (TLSC). Die Mitglieder von SERC sind überwiegend Gewerkschaften der Staatsunternehmen, einige kommen auch aus dem Privatsektor. SERC ist ITUC-Mitglied, der mitgliederstärkste Dachverband in Thailand und eine tragende Säule der thailändischen Gewerkschaftsbewegung.

Tabelle 1:
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Thailand

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Labour Congress of Thailand (LCT)	Chinachote Sangsung	78.000	International Trade Union Confederation (ITUC)
Thai Trade Union Congress (TTUC)	Tawee Techateerawat	35.000	ITUC
National Congress of Private Industrial Employees (NCPE)	Tawee Deeying	20.000	ITUC
Automobile Labour Congress of Thailand (ALCT)	Tanattha Kammawong	65.000 – 70.000	–
Confederation of Thai Labour (CTL)	Manas Kosol	80.000	–
State Enterprises Workers' Relations Confederation (SERC)	Manop Kuerat	123.050	ITUC
Thai Labour Solidarity Committee (TLSC)	Sawit Kaewvarn	117.400	–

Tabelle 2:
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Thailand

Branchenverband / Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Thai Confederation of Electronic, Electrical Appliances, Auto and Metal Workers (TEAM)	TLSC	Larey Youpensuk	65.000	IndustriAll
State Railway Workers' Union of Thailand (SRUT)	SERC	Sarawut Saranwong	11.700	International Transport Federation (ITF)

TLSC vereint Gewerkschaften des Privatsektors mit gewerkschaftlichen Netzwerken von Arbeitsmigrant_innen und informell Beschäftigten. Diese zwei Dachverbände engagieren sich gewerkschaftspolitisch stärker als die registrierten Verbände.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Im Global Rights Index des ITUC aus 2024 wird Thailand als Land ohne garantierte Rechte eingestuft (Note 5–). Dies ist die Folge systematischer Rechtsverletzungen und der mangelnden Durchsetzung von Arbeitsnormen.

Die Grundlage für alle Gesetze ist die vom Militär verabschiedete Verfassung von 2017. Sie gewährt jeder Person Vereinigungsfreiheit, die jedoch im öffentlichen Interesse oder zur Aufrechterhaltung der »guten Moral« eingeschränkt werden kann. Da die genannten Tatbestände nicht nähert definiert sind, ist die Vereinigungsfreiheit de facto eingeschränkt und unerwünschte Vereine und Gewerkschaften können jederzeit verboten werden.

Es gibt zwei Gewerkschaftsgesetze, eines für Beschäftigte im Privatsektor (Labour Relations Act, 1975) und eines für Arbeitnehmer_innen in staatlichen Unternehmen (State Enterprise Labour Relations Act, 2000). Beschäftigte in Staatsunternehmen dürfen nicht streiken oder sich mit Gewerkschaften des Privatsektors zusammenschließen. Beamt_innen und Regierungsangestellte sowie Beschäftigte in der Landwirtschaft und im informellen Sektor dürfen keine Gewerkschaften gründen oder ihnen beitreten. 70 Prozent der privatwirtschaftlichen Betriebe beschäftigen weniger als zehn Personen, die zur Gewerkschaftsgründung notwendig sind. Damit ist ein Großteil der Beschäftigten in Thailand gesetzlich von der Interessenvertretung ausgeschlossen. Die Gründung einer Gewerkschaft erfordert zudem die thailändische Staatsbürgerschaft und muss beim Arbeitsministerium beantragt werden.

In der Privatwirtschaft sind zwei Arten von Gewerkschaften zugelassen: Betriebs- und Sektorgewerkschaften. Eine gemeinsame Interessenvertretung in den 20 Branchenverbänden (mindestens zwei Mitglieder) ist nicht möglich, da die Verhandlungspartner auf der Arbeitgeberseite fehlen. Hier werden lediglich Informationsaustausch und Bildungsveranstaltungen organisiert. Auch die zwanzig nationalen Dachverbände (mindestens 15 Mitglieder) haben den Auftrag, gewerkschaftliche Bildung und »gute Beziehungen« zu den Arbeitgebern zu fördern.

Laut Arbeitsrecht dürfen Arbeitgeber die Beschäftigten nicht daran hindern, Gewerkschaften beizutreten, oder Gewerkschaftsmitglieder entlassen. De facto ist jedoch die Praxis des *union busting* weit verbreitet, bei dem innerhalb von Unternehmen systematisch gegen gewerkschaftliche Interessenvertretungen vorgegangen wird. Zudem sind zahlreiche legale und administrative Hürden im Sinne der Arbeitgeber gestaltet und die Schutzmaßnahmen der Behörden bei Gewerkschaftsgründungen unzureichend. Eine Gewerkschaft zu gründen oder ihr beizutreten, führt häufig zu Entlassungen. Thailändische Großunternehmen überhäufen Beschäftigte und deren Unterstützer_innen zudem mit strategischen und strafrechtlichen Verleumdungsklagen. Entsprechend groß ist die Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Zwangsarbeit, Kinderarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen sind zwar verboten, in der Praxis in isolierten Branchen wie Fischerei, Bauwesen und Landwirtschaft jedoch weit verbreitet. Sie treffen überwiegend Arbeitsmigrant_innen aus Nachbarländern. Die Situation der Fischereiarbeiter_innen ist so prekär, dass die EU-Kommission Thailand 2015 wegen Praktiken moderner Sklaverei auf Basis der EU-Verordnung zur illegalen und unregulierten Fischerei (IUU-Verordnung) eine formelle Verwarnung (»gelbe Karte«) ausgestellt hat. Daraufhin wurden 2019 die ILO-Konvention 188 über die Arbeit im Fischereisektor ratifiziert, die rechtlichen Bedingungen umfassend überarbeitet und die Kontrollen im Fischereisektor intensiviert, sodass die »gelbe Karte« aufgehoben wurde. Dennoch bleiben die Arbeitsbedingungen für viele Fischereiarbeiter_innen menschenunwürdig. Für Beschäftigte in der Landwirtschaft und im Bausektor gab es zudem vergleichbar wenig internationale Aufmerksamkeit.

Thailand, ein Gründungsmitglied der ILO, hat bisher 20 ILO-Konventionen ratifiziert, darunter sieben der zehn Kernarbeitsnormen. Die ILO-Konventionen 155 zum Arbeitsschutz sowie die Übereinkommen 87 und 98 zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen sind nicht ratifiziert, obwohl die Gewerkschaften seit mehr als 20 Jahren darum kämpfen und die ILO sowie Menschenrechtsorganisationen die thailändische Regierung vielfach dazu aufgefordert haben. Die derzeitigen Verhandlungen zwischen Thailand und der EU über ein Freihandelsabkommen eröffnen allerdings neue Möglichkeiten, den Druck auf die Regierung zu erhöhen und den Forderungen nach Ratifizierung dieser beiden ILO-Kernarbeitsnormen Nachdruck zu verleihen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften in der Privatwirtschaft ist äußerst schwach. Zum einen ist von den über 1.200 Gewerkschaften ein Großteil nicht aktiv, zum anderen werden Gewerkschaften oft nur gegründet, um den Gewerkschaftsführer_innen der Dachverbände Sitze in den tripartiten Gremien des Arbeitsministeriums zu sichern. Da die Aussicht auf eine erfolgreiche Kandidatur von der Anzahl der unterstützenden Gewerkschaften abhängt (eine Gewerkschaft, eine Stimme), ist die Gründung vieler kleiner Gewerkschaften von Vorteil. Die geringen und teilweise freiwilligen Mitgliedergebühren bilden eine sehr schwache finanzielle Basis, sodass gewerkschaftliche Aktivitäten kaum finanziert werden können. Gleichzeitig fühlen sich die Gewerkschaftsmitglieder aufgrund der fehlenden Partizipationsmöglichkeiten oft nicht zugehörig und zeigen wenig Interesse an den Aktivitäten. All dies führt insgesamt zu einer schwachen Interessenvertretung.

In den tripartiten Ausschüssen auf nationaler Ebene findet lediglich die Beratung und Koordinierung zu Themen wie Arbeitsbeziehungen, soziale Sicherheit und Mindestlöhnen statt. Die Gewerkschaftsvertreter_innen sind oft in einer

schwächeren Position als die Arbeitgeber- und Regierungsseite, die sowohl die Themen setzt als auch Politikentscheidungen meist in ihrem Sinne trifft.

Verhandlungen zu Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen finden normalerweise einmal im Jahr und ausschließlich auf Betriebsebene statt, sodass kollektive Tarifabschlüsse für Sektorgewerkschaften nicht möglich sind. Die Abschlüsse bleiben in der Regel hinter den Erwartungen der Beschäftigten zurück. Nach Abschluss der Tarifverträge müssen die Gewerkschaften diese beim Arbeitsministerium anmelden. In den Jahren 2021, 2022 und 2023 wurden jeweils 397, 419 bzw. 429 Verträge registriert – damit haben rund 1.000 Gewerkschaften keine Verträge abgeschlossen, sodass die Mehrheit der Beschäftigten in der Privatwirtschaft nicht von Tarifverträgen abgedeckt ist.

Die Gewerkschaften im Privatsektor sind männlich dominiert, Frauen in gewerkschaftlichen Gremien hingegen kaum vertreten. Entsprechend selten spielen die Interessen von Arbeitnehmerinnen eine Rolle. Die Dachverbände SERC und TLSC sowie HomeNet für den informellen Sektor haben geschlechterspezifische Interessen auf ihrer Agenda. Bei jährlichen Kundgebungen zum internationalen Frauentag werden regelmäßig die Ratifizierung der Konventionen C 177 (Heimarbeit), C 189 (Hausarbeit), C 183 (Mutterschutz) und C 190 (Gewalt und sexuelle Belästigung) gefordert, bisher mit wenig Resonanz.

Ein großes Problem stellt die zunehmende Informalisierung von Arbeitsverhältnissen dar. Leiharbeit, Scheinselbständigkeit sowie andere atypische und prekäre Beschäftigungsformen breiten sich immer stärker aus (insbesondere in der Plattformökonomie) und schwächen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Einige Gewerkschaften setzen sich inzwischen für prekär Beschäftigte ein und fordern die Begrenzung ihrer Anzahl, die Entfristung der Verträge sowie eine Reform des Arbeitsrechts. Die Regierung hat in 2024 zwar einen Gesetzesentwurf zum Schutz prekär Beschäftigter und Plattformarbeiter_innen erarbeitet (Independent Workers Promotion and Protection Act). Dieser wird jedoch von Beschäftigten und Gewerkschaften abgelehnt, da er keinen effektiven Schutz garantiert.

Da Beschäftigte des informellen Sektors und Arbeitsmigrant_innen (Landwirtschaft, Baugewerbe, Straßenverkauf, Haus- und Heimarbeit, Lieferdienste) keine Gewerkschaften gründen dürfen, organisieren sie sich in Netzwerken und Vereinen. Einflussreich sind hier die Migrant Working Group (Netzwerk aus 22 NGOs) und HomeNet Thailand (über 10.000 Mitglieder). Sie werden vom Arbeitsministerium regelmäßig zu politischen Beratungen eingeladen.

2022 gründeten Aktivist_innen aus der Jugend- und Demokratiebewegung eine für alle Erwerbstätigen offene Gewerkschaft, die Workers' Union (WU). Die WU hat aufgrund einer engagierten und strategischen Organisationskampagne aktuell etwa 3.000 Mitglieder aus dem formellen und informellen Sektor. Sie kommen aus Industrie und Baugewerbe, Plattformdiensten, Heim- und Sexarbeit, aber auch aus Schulen und Universitäten, Krankenhäusern, kreativen Berufen und Anwaltskanzleien. Die WU hat neuen Schwung in die thailändische Gewerkschaftsbewegung gebracht. Ihre überwiegend jungen Mitglieder setzten sich nicht nur für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ein, sondern nehmen auch zu gesellschaftspolitischen Themen Stellung und fordern mehr politische Teilhabe und demokratische Reformen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Als Folge der Transformationskrisen und gewaltsamen innenpolitischen Konflikte der letzten zwei Jahrzehnte sind die thailändischen Gewerkschaften tief gespalten. Im Vorfeld des Militärputsches von 2014 fanden sich Teile der Gewerkschaftsbewegung in unterschiedlichen politischen Lagern wieder, wobei einige für den Umsturz der gewählten Regierung warben und fester Bestandteil der reaktionären Allianz von Royalist_innen, Militärs und Nationalist_innen waren. Geleitet von einer vereinfachten Kapitalismuskritik hofften sie, eigene Themen auf die nationale Agenda setzen zu können. Doch die Erwartungen zum Privatisierungsstopp von Staatsunternehmen und dem Ausbau sozialer Sicherung wurden nicht erfüllt. Viele Gewerkschaften haben ihre Positionen seitdem revidiert. Dennoch bleibt die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Lagern aufgrund dieser Ereignisse schwierig. Allenfalls bei Forderungen zur Erhöhung des Mindestlohns sowie zur Ratifizierung der ILO Kernarbeitsnormen oder zur Erweiterung der sozialen Sicherung kommt es zum Austausch und zu gemeinsamen Aktionen. Zusätzliche Rivalität zwischen den beiden Lagern entsteht durch den ungleichen Zugang zu staatlichen Fördergeldern und zu Beratungsgremien der Regierung.

Für die People´s Party (ehemals Move Forward Party) sind nach den Parlamentswahlen im Mai 2023 mehrere Gewerkschafter_innen ins Parlament eingezogen, die die Interessen des formellen und informellen Sektors vertreten. Es ist davon auszugehen, dass einige Gewerkschaften und gewerkschaftliche Netzwerke zum Wahlerfolg der MFP beigetragen haben. Andere Gewerkschaften versuchen seit Jahren, sich über kleinere, von Gewerkschaftsführer_innen gegründete Parteien parlamentarischen Einfluss zu sichern, hatten aber mit dieser Strategie bisher keinen Erfolg.

Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gesetzgebung zur Gestaltung der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik ist wegen der restriktiven Gesetze, ihrer Fragmentierung und organisatorischen Schwäche marginal. Lediglich Gewerkschaften der Automobilindustrie gelingt es ansatzweise, Mitglieder zu mobilisieren und mit Arbeitgebern und Regierung in einen Dialog zu treten. Die Automobilindustrie steht angesichts des Wandels zur Elektromobilität aktuell vor sehr großen Herausforderungen. Die thailändische Automobilzulieferindustrie tut sich schwer damit, die Transformation zur Elektromobilität zu meistern, da es ihnen nicht gelingt, sich in die Wertschöpfungsketten der neuen, chinesischen Hersteller von Elektrofahrzeugen zu integrieren. Gleichzeitig haben die japanischen Automobilhersteller, die seit Jahrzehnten in Thailand Autos mit Verbrennungsmotor produzieren, mit einem massiven Absatzrückgang zu kämpfen. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu einem Drittel der Arbeitsplätze

im Automobilsektor gefährdet sind. Die Gewerkschaften fordern daher einen besseren Zugang zu Informationen im Hinblick auf die Transformationsstrategien der Unternehmen, Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen, faire finanzielle Entschädigungen bei Jobverlust sowie einen verstärkten sozialpartnerschaftlichen Dialog.

Das Wachstum der Plattformökonomie und die damit einhergehende Informalisierung von Arbeitsverhältnissen hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass Plattformbeschäftigte ihre Interessen verstärkt kollektiv vertreten. Lieferfahrer_innen protestieren gemeinsam gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und versuchen, mit Plattformen wie Grab zu verhandeln. Durch regelmäßige Kampagnen, die Allianzbildung mit progressiven Politiker_innen und Öffentlichkeitsarbeit gelangen ihre Themen zunehmend auf die politische Agenda.

Die in den antikommunistischen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg geprägte Erzählung über Gewerkschaften als potenzielle Staatsfeinde und nationales Sicherheitsrisiko ist beim konservativen Establishment tief verankert und hat zu einem negativen öffentlichen Image geführt. In den letzten Jahren nimmt jedoch die positive Medienberichterstattung über Arbeitsfragen und aktive Gewerkschaften zu. Gewerkschaften, die sich für informell Beschäftigte öffnen und proaktiv Allianzen mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen aufbauen, konnten ihre Akzeptanz stärken und die potenzielle Rolle starker Gewerkschaften für Thailands Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen. Dennoch ist ein Großteil der urbanen Mittelschichten über Gewerkschaften wenig informiert oder desinteressiert. Das von der FES mitgegründete Thai Labour Museum, das einzige Arbeitsmuseum in Südostasien, verzeichnet zwar wachsende Besucherzahlen und dient inzwischen als Trainings- und Informationszentrum für alle Gewerkschaften, hat aber aufgrund der geringen finanziellen und personellen Ressourcen nicht die Kapazitäten, größere Informationskampagnen durchzuführen.

Aufgrund der sprachlichen Barrieren ist ein Großteil der thailändischen Gewerkschaften kaum mit internationalen Gewerkschaften vernetzt. Englischkenntnisse sind selten, sodass der Zugang zu Informationen und die Fähigkeit, internationale Solidarität zu mobilisieren, stark eingeschränkt ist. Einige Branchenverbände, die regelmäßig Aktivitäten organisieren, sind Mitglieder der globalen Gewerkschaftsverbände (ITF, IndustriALL, BWI, UNI) und werden von diesen finanziell und inhaltlich unterstützt. Die langjährige internationale Kooperation hat unter anderem Verbände wie die Thai Confederation of Electronic, Electrical Appliances, Auto and Metal Workers (TEAM) deutlich gestärkt.

Die größten Herausforderungen für die thailändischen Gewerkschaften liegen, neben gesetzlichen Restriktionen der Gewerkschaftsfreiheit, in den großen Veränderungen der Arbeitswelt: Digitalisierung, technologischer, klimatischer und demografischer Wandel. Es wäre dringend notwendig, dass die Gewerkschaften an der Gestaltung einer neuen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mitwirken können, um den Beschäftigten im formellen wie im informellen Sektor faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, Zugang zu Weiterbildung und Umschulung sowie ein inklusiveres soziales Sicherungssystem zu sichern. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen reichen die Ressourcen der meisten Gewerkschaften jedoch nicht aus, um hier eine aktivere Rolle einzunehmen.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Anja Bodenmüller-Raeder,
Referentin für Gewerkschaftsarbeit in Asien,
Anja.Bodenmueller-Raeder@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.